

## Presseinformation

Kiel, den 19. November 2010

Es gilt das gesprochene Wort

### **SSW im Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

Lars Harms

**TOP 26, 42, 43 HSH Nordbank (Landesregierung in den Aufsichtsrat der HSH, Bank des Nordens für den Norden, Verdeckte Observierung von Medienvertreter/innen und Politiker/innen)**

Drs. 17/973, 1011, 1012

Die HSH Nordbank - dies könnte der Titel einer der spannendsten Wirtschaftskrimis in diesem Jahrhundert sein. Ist es aber nicht - obwohl man zumindest manchmal an Rufmord denken kann. Stattdessen haben wir es mit der HSH Nordbank zu tun. Eine Landesbank, die nicht nur zu einem Großteil den Schleswig-Holsteinern gehört, sondern auch seit Monaten deren Gemüter erhitzt. Finanzielle Desaster, menschliche Katastrophen, Bespitzelungsaffären, Lügen und nicht zuletzt eine kläglich gescheiterte Landesregierung. Vielleicht ist die Idee mit dem Wirtschaftskrimi gar nicht so schlecht. Bevor das Drehbuch abgeschlossen werden kann, dürften allerdings noch ein paar Kapitel hinzukommen.

Zum Thema „Vertreter der Landesregierung im Aufsichtsrat der HSH“ hat sich der SSW ja bereits im letzten Sommer geäußert. Herr Kopper hatte frühzeitig angekündigt, dass zukünftig nicht mehr Politiker, sondern Finanzexperten im HSH-Aufsichtsrat die Geschäfte der Bank

kontrollieren sollten. Die Landesregierung ist diesem Aufruf sogleich brav gefolgt. Der SSW hat allerdings schon früher darauf hingewiesen, dass sich die Landesregierung damit aus ihrer politischen Verantwortung stiehlt. Und vor allem wurde jetzt bei den Spitzelvorwürfen noch einmal deutlich, dass die Landesregierung nach wie vor hinter Informationen aus der Bank hinterher hechelt. Dies wirft kein gutes Licht auf die Landesregierung. Nonnenmacher-Alleingänge hin oder her - das Land trägt eine moralische und politische Gesamtverantwortung für die HSH Nordbank und muss diese auch wahrnehmen.

Das von den Grünen geforderte Rechtsgutachten zur Abfindungszahlung sieht der SSW dagegen sehr kritisch. Klar ist, dass Herr Nonnenmacher politisch weg vom Fenster ist und dass wir damit ein juristisches Problem haben. Wenn es irgendwie geht, muss die Zahlung einer Abfindung vermieden werden. Die Abberufung durch den Aufsichtsrat ist dabei aus unserer Sicht nicht das Problem. Hierfür muss nur das Vertrauen zerstört sein - und das ist es! Für die Beendigung des Arbeitsvertrages brauchen wir kein Rechtsgutachten, schon gar nicht durch die Landesregierung beauftragt. Sondern wir brauchen Juristen, die den Arbeitsvertrag durcharbeiten - davon dürfte die Bank ja noch ein paar beschäftigen. Darüber hinaus finde ich aus SSW-Sicht die Frage ganz interessant, wer eigentlich den Arbeitsvertrag des Herrn Nonnenmacher ausgehandelt hat und eben gerade die politische Verantwortung für ein paar weitere verschenkte Millionen trägt. Da kann man sich beiden damals regierenden CDU und SPD bedanken.

Der Antrag der Linken zur HSH Nordbank ist eigentlich kaum ernst zu nehmen. Wenn die Linke die HSH Nordbank los werden oder verstaatlichen möchte, soll sie das sagen, dann kann man sich dazu politisch verhalten. Weitere linke Ideen zur Gestaltung der HSH Nordbank sind so realitätsfremd, dass man darüber den Kopf schütteln muss. Der Zug ist längst abgefahren, die HSH als eine Regionalbank für die heimische Wirtschaft laufen zu lassen. Die Diskussion um Steuergestaltung bei Geschäften, die durch die HSH Nordbank ihren Kunden angeboten wurden, ist weltfremd. Jeder Kunde zahlt ungerne Steuern und es ist nichts Verwerfliches,

Steuern sparen zu wollen. Wir können uns gerne über die Steuergesetzgebung unterhalten - das hat aber nichts mit der HSH zu tun. Dass die Kreditvergabe der Bank so ausgerichtet wird, dass ansässige Firmen hier im Land nicht gefährdet werden, ist zwar ehrenwert, der Standort allein kann aber nicht ausschlaggebend für eine Geschäftstätigkeit einer Bank sein und Geschäfte der HSH mit solchen Zwecken sind uns auch nicht bekannt. Und zum Schlusssatz des linken Antrags „Der Schleswig-Holsteinische Landtag setzt sich dafür ein, dass sich die HSH Nordbank zu einem starken, regional verankerten Dienstleister für Finanzen entwickelt“ frage ich nur, ja was anderes ist denn eine Bank?

Aus Sicht des SSW ist bei dem ganzen Hickhack um die HSH zu begrüßen, dass die Fraktionen in ihrem Wunsch die verdeckte Observierung durch Prevent aufzuklären, zusammenstehen. Nachdem Herr Nonnenmacher die große Aufklärung erst ankündigte und dann schwieg, ist es an der Zeit, für Klarheit zu sorgen. Die Beobachtung von Politikern und Kritikern ist ein so schwerer Vorwurf, dass hier weiter gezielt aufgeklärt werden muss. Ein Ergebnis kann ich allerdings gleich vorweg nehmen: man wird nicht behaupten können, Herr Nonnenmacher hätte mit all dem nichts zu tun gehabt. Entweder war er beteiligt oder er hat seinen Laden nicht im Griff gehabt. Beides disqualifiziert ihn.